

Rede zum Mindestlohn (Plenarsitzung vom 19.12.2007)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Steffens. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Ich bin ja schon etwas länger in diesem Parlament.

(Unruhe bei der CDU)

Das, was Arbeitsminister Laumann hier gerade abgeliefert hat, war eine der größten Lachnummern, die ich in den letzten Jahren in diesem Landtag erlebt habe.

(Zurufe von der CDU)

Sie lassen sich doch von der FDP am Nasenring durch die Arena führen! So sieht das doch aus.

Wenn man hört, was der gute Dr. Romberg heute zum Besten gegeben hat, muss man sich wirklich die Frage stellen, ob die FDP erst zufrieden ist, wenn die Unternehmenssteuern auf Null gesenkt worden sind und die Arbeitenden umsonst arbeiten.

(Zuruf von der FDP: Absurd!)

Das scheint doch wohl das Ergebnis dessen zu sein, was Sie politisch wollen.

(Zuruf von der FDP: Sie haben nicht zugehört, Herr Kollege!)

– Ich habe sehr genau zugehört – im Gegensatz zu Ihnen, der Sie die ganze Zeit draußen waren!

(Zurufe von der FDP)

– Ich habe sehr genau gehört, was der Kollege Romberg hier zum Besten gegeben hat. Das war so viel Unsinn, wie ich selten gehört habe. Aber wie gesagt: Getoppt wurde das heute tatsächlich noch vom Arbeitsminister. Herr Laumann, dass die Landesregierung völlig unfähig ist, eine Entscheidung zu treffen, und sich im Bundesrat enthalten will, sagt alles über die Politik, die Sie hier machen.

Es muss ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, um das Phänomen „Armut trotz Arbeit“ zum bekämpfen. Das ist ganz klar! Es arbeiten bereits 36 % der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor, und es werden – es ist völlig richtig, was heute von den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen gesagt worden ist – immer mehr. 24 % bekommen prekäre Löhne und 12 % erhalten gar Armutslöhne. Das ist die Realität, und davon sind gegenwärtig rund 3,8 Millionen Menschen in der Bundesrepublik betroffen. So sieht die Situation mittlerweile aus! Dieser Zustand ist unannehmbar.

Ein gesetzlicher Mindestlohn würde verhindern, dass Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, mit denen sie ihre Existenz nicht sichern können. Mit einer Festlegung der Löhne ausschließlich durch die Tarifparteien ist dieses Ziel

gegenwärtig nicht zu erreichen. In den vergangenen Jahren haben sich Arbeitsmarktsegmente herausgebildet, in denen es keine Tarifbindung gibt oder in denen die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften nicht mehr zur Aushandlung armutssicherer Löhne ausreicht. Zudem unterlaufen immer mehr Unternehmen aus tarifgebundenen Branchen geltende Tarifverträge. Auch das ist die Realität. Diese Entwicklung befördert die Ausweitung von niedrig entlohnter Beschäftigung. Nur mit Hilfe der gesetzlichen Festlegung eines Mindestlohns ließen sich gegenwärtig Arbeitslöhne vermeiden. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre eine einfache und einheitliche politische und moralische Orientierungsgröße für eine Untergrenze bei der Entlohnung jeglicher Beschäftigung. Dabei käme ein Mindestlohn auch den Unternehmen zugute, da sie vor sogenanntem Lohndumping geschützt würden: Dadurch, dass alle Unternehmen den gleichen Lohn zahlen müssten, würden ruinöse Unterbietungswettbewerbe verhindert. Hinzu kommt, dass die Menschen mehr Geld für den privaten Konsum zur Verfügung hätten, sodass – in den letzten Jahren hatten wir ja reale Einkommenssenkungen – durch einen Mindestlohn auch die dringend notwendige Binnennachfrage angekurbelt würde.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Ich fasse zusammen, was aus meiner Sicht und aus der Sicht der Linken notwendig wäre. Ein Mindestlohngesetz wäre erforderlich. Es müsste festlegen, dass in den Branchen, in denen tariflich vereinbarte Mindestentgelte über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, diese Tarife den allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die jeweilige Branche bilden. Der Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn müsste mit einem Betrag von mindestens 8 € geschehen. Dieser Betrag wäre dann schrittweise zu erhöhen. Das wäre aus meiner Sicht der wesentliche Punkt. Was Sie hier machen, geht völlig an der Realität vorbei. Und, wie gesagt: Eine größere Lachnummer habe ich hier im Landtag selten erlebt.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Schmelzer das Wort.